

2 Welche Interaktionsbedingungen den Akteuren Droh- und Vergeltungsnotwendigkeiten nahelegen können

Akteure drohen und vergelten aus bestimmten Gründen und unter bestimmten Bedingungen, wobei wir vermuten, daß sie damit versuchen, ihren Sicherungsproblemen zu begegnen. Wir fragen uns zunächst, welche Unsicherheiten überhaupt erst Sicherungsprobleme entstehen lassen und wie Akteure in unsicheren Systemen überhaupt interagieren und kooperieren können. Diese unsicheren Systeme können, wie wir in Kapitel 6 sehen werden, sehr unterschiedliche Formen haben, mit jeweils speziellen Anforderungen an die Akteure.

2.1 Der Monopolisierungsgrad von Recht und Macht schafft die Rahmenbedingungen für Interaktionen

Suchen wir nach übergreifenden Vergeltungsaspekten, dann müssen wir deren Vorkommen, Bedingungen und Äußerungsformen in unterschiedlichen Systemen betrachten; und so unterschiedlich einzelne Systeme sein können, so vielfältig sind deren Differenzierungsmöglichkeiten. Hierzu können wir unser Augenmerk auf den Verkehr (bspw. überregionale Kommunikation, Transit bis hin zu Beziehungen) oder auf die gesellschaftliche Evolution richten⁵ – doch für unsere Zwecke bietet es sich an, das Hauptaugenmerk auf die unterschiedlichen Organisationsgrade staatlicher Steuerungsinstanzen zu werfen, d. h. Unterschiede darin, wie ausgeprägt übergeordnete Monopolstellungen sind. Diese Machtorgane halten die unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Bevölkerung mit ihren unterschiedlichen Interessen, Bedürfnissen und Voraussetzungen zusammen:

„A civilization is large, perhaps ethnically diversified, divided by its labours into specialized occupations and, by unequal interests in the means of power, divided into unequally privileged classes. All the cultural achievements of civilization depend on this magnitude and complexity of organization. Yet a society so large, heterogeneous, and internally divided cannot stand without special means of control and integration. (...) Government is to the social organism as the central nervous system is to the biological organism. (...) That which ‚keeps them all in awe‘ keeps the differentiated parts of civilization in collaborative order – not, as I say, by abolishing violence but by making it illegitimate.“⁶

In der Literatur werden die Begriffe ‚Institution‘ und ‚Organisation‘ unterschiedlich gehandhabt, daher klären wir zunächst die später verwendeten Begrifflichkeiten⁷.

⁵ Vgl. Lau (1981), v. a. S. 25 ff. und S. 31 ff.

⁶ Sahlins (1968), S. 6 – 7.

Etwas vereinfacht beschreibt auch Evans-Pritchard (1971), S. 5 dieses Merkmal von Staaten.

⁷ Ich halte mich an North (1990) und North/Wallis/Weingast (2009).

Institutionen, formelle wie informelle, beeinflussen die Systemökonomie: „Institutions affect the performance of the economy by their effect on the costs of exchange and production. Together with the technology employed, they determine the transaction and transformation (production) costs that make up total costs.”⁸ Institutionen, „the rules of the game“⁹ bringen dadurch Struktur in das alltägliche soziale Zusammenleben, daß sie die Wahlmöglichkeiten des Einzelnen definieren und begrenzen¹⁰, womit sie Webers Konventionen¹¹ recht nahe kommen. In formalisierter Form haben diese Gebilde Bezeichnungen oder Namen, erklärte, eindeutige Funktionen und Personal¹² – und wir nennen diese dann ‚Organisationen‘, wobei in diesen durchaus auch interne Dynamiken entstehen¹³, welche wir in dieser Untersuchung aber nicht weiter betrachten werden. Für unsere Belange ist es allerdings bedeutend, daß eine Organisation im Gegensatz zur Institution eine irgendwie geartete Steuerung hat, welche sie und ihre Handlungen koordiniert¹⁴. Für unsere Betrachtungen ist somit der Organisationsgrad einer übergeordneten Macht entscheidend; Institutionalisierungsgrade steuern zwar ebenfalls die Interaktion, spielen jedoch in diesem Zusammenhang keine Rolle.

Wie groß der Einfluß dieses Organisationsgrades auf die Interaktion ist, läßt sich am Beispiel eines Streiks in heutiger, westlicher Gesellschaft darstellen; „in einer Streiksituation drohen Gewerkschaften und Unternehmer, sich gegenseitig Schaden zuzufügen, sie setzen die Drohung in die Tat um und bemühen sich in dieser Zwangslage dann um eine Beilegung des Konfliktes. (...) Angesichts des beiderseits angerichteten Schadens wird man gewöhnlich einen Kompromiß schließen, ehe dauernde oder unverhältnismäßig schwere Verluste eintreten.“¹⁵ Die im Arbeitskampf eingesetzten Ressourcen können nun nicht mehr den Konfliktparteien zugute kommen – welche nun doppelt verlieren: Die im Streik verlorene Arbeitszeit bedeutet für die Unternehmer Produktionsausfall (analog können die Streikenden ausbleibende Lohnzahlungen erwarten), und zudem erreicht keine der beiden Seiten daher ihre ursprünglichen Ziele, als daß beide ihrer Gegenseite Zugeständnisse machen mußten, um den Konflikt zu beenden. Warum also sollten Beschäftigte und Arbeitgeber einander derart schaden, wenn die verschwendeten Ressourcen doch vielmehr dazu hätten verwendet werden können, den Unzufriedenheiten zu begegnen?

In diesem Arbeitskampf schließen sich die Interessen der Konfliktparteien gegenseitig aus; beide Seiten können ihren maximalen Nutzen nur auf Kosten des

⁸ North (1990), S. 5 – 6.

⁹ North (1990), S. 3.

¹⁰ Vgl. North (1990), S. 3 – 4.

¹¹ Vgl. Weber (1980), S. 18.

¹² Vgl. North (1990), S. 6: „Organizations include political bodies (political parties, the Senate, a city council, a regulatory agency), economic bodies (firms, trade unions, family farms, cooperatives), social bodies (churches, universities, vocational training centers).”

¹³ Vgl. North/Wallis/Weingast (2009), S. 15.

¹⁴ Vgl. North/Wallis/Weingast (2009), S. 15 – 16.

¹⁵ Kahn (1966), S. 40.

Gegenübers erreichen. Während der Unternehmer bspw. lange Arbeitszeiten und niedrige Akkordlöhne bevorzugt, lehnt dies die Gewerkschaft als Zusammenschluß der Arbeitnehmer ab und verlangt ihrerseits kurze Arbeitszeiten bei hohen Pauschal-löhnen. Wird die Situation nicht von strukturellen Gegebenheiten (bspw. starkem Arbeitsplatzüberfluß oder –mangel oder Gewerkschaftsverboten) übermäßig beein-flußt, dann müssen sich die Unternehmer mit den Gewerkschaften über die Arbeits- und Lohnbedingungen selbständig einigen. Dieser Einigungsprozeß ist nicht einfach: Da die Parteien nicht direkt voneinander abhängen, sondern nur auf lange Sicht aufeinander angewiesen sind, kann keine Partei ihrem Gegenüber die gewünschten Bedingungen diktieren. Entschlüsse beruhen auf gemeinsamen Einverständnissen und dem Vertrauen darauf, daß diese auch eingehalten werden, und ein Akteur hat nur wenige Möglichkeiten, sein Gegenüber zu einem bestimmten Verhalten zu drängen. Die einzigen gegenseitigen Beeinflussungsmöglichkeiten sind in diesem Streitfall die ohnehin regelmäßig stattfindenden Berührungspunkte und Interaktionswege: Seitens der Arbeitnehmer die Arbeitsleistung, seitens der Unter-nehmer die Zahlung von Lohn. Um das Gegenüber zum Einlenken zu drängen, können die Akteure in diesem System nur die jeweilige Zuwendung verweigern oder einschränken: Streik steht Ausschließungen gegenüber¹⁶, beides verbunden mit verminderten oder ausgesetzten Lohnzahlungen. In dieser Streiksituation haben die Parteien keine andere Wahl als mit kollektiv schädlichen Mitteln zu kämpfen. Gäbe es eine Möglichkeit, den Streit auf anderen Wegen zu umgehen oder zu lösen, sei es durch:

- A) eine oktroyierte Regelung arbeitsrechtlicher Fragen mit bspw. unveränder-lichen Lohnansprüchen, Arbeitszeiten, Kündigungsbedingungen oder zuge-teilten Arbeitsplätzen, oder durch
- B) oktroyierte Konfliktregeln und -begrenzungen, bspw. Streikverbote (wie u. a. bei Polizisten oder Soldaten),

dann hätten die Konfliktparteien keine oder nur stark eingeschränkte Möglichkeiten zu streik- bzw. aussperrungsbasierten Konfliktlösungen im Arbeitskampf – und/oder sähen hierin keine Notwendigkeit. Da es in unserem Fall aber Abstimmungsfrei-räume gibt, die genau diese und keine anderen Streitwerkzeuge ermöglichen und erfordern, sind nun Streik und Aussperrung diejenigen Mittel, welche die Parteien nutzen müssen, auch wenn sie wissen, daß es kollektiv schädliche Mittel sind¹⁷. Erst dann wird eine Partei einlenken, wenn Erfolg in ihren Augen unwahrscheinlich ist, oder wenn die Kosten des weitergeführten Arbeitskampfes die erwarteten Gewinne übersteigen würden.

Nehmen wir nun ein System an, in welchem nicht nur Ressourcenverteilung und Leistungsbereitstellung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unvollständig geregelt ist, sondern zudem noch weitere Bestandteile alltäglicher geschäftlicher oder privater

¹⁶ Wir nehmen hier eine Art von Kündigungsschutzsystem bzw. eine gewisse Schwierigkeit an, neue Arbeitskräfte zu gewinnen, verbunden mit entsprechenden Kosten.

¹⁷ Raiffa (2002) analysiert Besonderheiten von Streiksituationen unter besonderer Berücksichtigung beidseitiger Kosten, Erwartungshaltungen und Fragen von ‚Fairneß‘, vgl. S. 152 ff.

Interaktion. Stellen wir uns also vor, daß ganze Geschäftsbereiche, bspw. der Handel mit Pferden oder mit Aktien (oder generell alle Verträge) nicht geschützt und überwacht seien; stellen wir uns vor, daß Wahlen und Mitspracherechte nicht durch Gesetze, sondern durch individuell revidierbare Übereinstimmungen begründet würden; und stellen wir uns vor, daß zwei Akteure Grundstücksstreitigkeiten nicht innerhalb bestimmter, enger und formalisierter Streitregeln führen müßten, sondern zur Lösung ihrer Auseinandersetzung die Konfliktbereiche ausweiten könnten, bspw. die Garage des Streitpartners zuparken (oder sprengen), dessen Fenster einwerfen, ihn körperlich bedrohen oder dessen Tochter entführen; dann würden ganz alltägliche Konflikte vollständig anders ausgetragen: Der Gang zum Gericht bspw. zur Lösung einer Urheberrechtsfrage wiche (der Drohung mit) einer Gewaltmaßnahme.

In diesem Sinne ist unser Streikbeispiel gewissermaßen zwar eine ‚Ressourcenverschwendung‘, jedoch ist diese bereits durch staatliche Vorgaben und Einschränkungen entschärft. Zwar müssen die Arbeitnehmer Ressourcen investieren, um sich organisieren und Streiks vorbereiten zu können – und Arbeitgeber müssen Ressourcen investieren, um diese Bemühungen der Arbeitnehmer zunichte zu machen¹⁸ – aber die Arbeitnehmer müssen sich nicht davor schützen, von Arbeitgebern mit Waffengewalt zur Arbeit gezwungen zu werden, und auch Arbeitgeber müssen nicht damit rechnen, daß ihre Familien von Arbeitnehmern als Geiseln genommen werden. In diesem Sinne beschränkt der Staat mit seiner legitimen Rechtsordnung¹⁹ die ‚Ressourcenverschwendung‘ auf ein für alle Seiten erträglicheres Maß.

Haben die Akteure jedoch größere Freiheiten, ihre Streitigkeiten auszutragen, dann kann der Konfliktgegner den Konfliktbereich gegebenenfalls dahingehend ausdehnen, daß er Sicherheitsansprüche zum weiteren Verhandlungsgegenstand macht – und dann würden diese Sicherheitsansprüche letztendlich unerfüllt bleiben. Zudem müssen die Akteure in diesem Fall sämtliche Fragen nach Rechten und deren Verteilung unter sich klären:

Wer darf wen anweisen, etwas zu tun oder zu lassen?

Wem steht welches Stimm- oder Rederecht bei Versammlungen und gemeinsamen Entscheidungen zu?

Wer darf über welche Güter (des anderen) verfügen, wer muß welche Güter abtreten?

Die Zuteilung von Rechten bedeutet allerdings nicht nur, diese bestimmten Akteuren zuzuerkennen, sondern – was weitaus konflikträchtiger ist – sie bringt die Notwendigkeit mit sich, diese Rechte anderen Akteuren eben nicht zu gewähren, d. h. sie an gewissen Ressourcen nicht teilhaben zu lassen.

¹⁸ Vgl. Weede (1986), S. 94.

¹⁹ Vgl. Weber (1980), S. 17 f., insbes. Aufzählung II: „b): Recht, wenn sie äußerlich garantiert ist durch die Chance [des] (physischen oder psychischen) Zwanges durch ein auf Erzwingung der Innehaltung oder Ahndung der Verletzung gerichtetes Handeln eines eigens darauf eingestellten Stabes von Menschen.“ (S. 17)

Wie handeln die Akteure nun diese Rechte unter sich aus – ohne offizielle, übergeordnete Instanz, welche ihnen dabei hilft? Diese Fragen lassen sich auf zwei Konfliktbereiche zurückführen, nämlich einerseits auf die Güterverteilung und andererseits auf den Statuswettbewerb zwischen den Akteuren. Obwohl sich die Ausgangspunkte dieser beiden Bereiche unterscheiden, beeinflussen sich doch deren jeweilige Auswirkungen gegenseitig; jeweils beide Bereiche berühren gleichzeitig sowohl die ökonomische als auch die soziale Positionierung (oder Lage) der Akteure. Da die soziale Stellung über die Verteilung von allgemeinen Rechten die ökonomische Position mittelbar beeinflussen kann und sich die ökonomische Stellung zwangsläufig auch auf die soziale auswirkt²⁰, finden wir ein Ressourcen- bzw. Rechtegeflecht als Basis der beiden Konfliktbereiche. Dieses Geflecht eröffnet Akteuren vielfältigere und günstigere – oder weniger und ungünstigere Handlungsoptionen verglichen mit ihren Interaktionspartnern, und es bestimmt dadurch deren ökonomisch-soziale Zukunft²¹:

- Wenn bei einer Interaktion dem Anschein nach ausschließlich das Geschäftliche im Vordergrund steht, sei es die Kontrolle über ein definiertes Gebiet oder darin stattfindende erwerbs- oder einkommensdienliche Transaktionen, dann bedeutet Erfolg wie Mißerfolg für den Akteur sehr wahrscheinlich, daß sich sein Status ändert.
- Wenn vordergründig Statusfragen die Handlungsentscheidung bestimmen, geben die Akteure auf lange Sicht damit auch Antworten auf Fragen der Güterverteilung. Der Akteur schützt seine Ehre oder die Ehre seiner Gruppe vor allem, um erfolgreich am allgemeinen Gesellschafts- und Geschäftsleben teilhaben zu können – und beispielsweise als zuverlässiger oder ehrlicher Geschäftspartner an lukrativen bzw. notwendigen Transaktionen beteiligt zu sein.

In unserem Beispiel des Arbeitskampfes klären Unternehmer und Gewerkschafter über die Mittel Aussperrung und Streik nicht nur offenstehende Fragen der Ressourcenverteilung, sondern sie begründen hiermit gleichzeitig soziale, machtpolitische Verhältnisse – und sie verändern oder konstituieren auf diesem Weg den Status quo für zukünftige Interaktionen.

Offizielle Übereinkommen und Verträge, Vorschriften und Konfliktregeln sind in unserem alltäglichen Umfeld verbindlich, und unabhängige Organisationen – Erzwingungsstäbe²² – setzen diese durch, indem sie nichtkonformes Verhalten bestrafen. Legen eigens hierfür geschaffene Organisationen die Rahmenbedingungen

²⁰ Die ökonomische Stellung muß sich jedoch nicht in der Anhäufung von Besitz zeigen, sie kann sich bspw. auch darin zeigen, daß ein Akteur besondere und zahlreiche Feierlichkeiten ausrichtet.

²¹ Wilsons Darstellung des korsischen Systems im Beispielteil gilt durchaus für alle Systeme: „But land and property were not (if they ever can be) simply an economic resource; they were a means to power and prestige.“ (Wilson (1988), S. 89)

²² Vgl. Weber (1980), S. 17 f.

von Interaktion explizit und im Vorhinein (und auf allseits anerkannt legitime Weise) fest und überwachen diese unbedingt und bis ins kleinste Detail, dann können wir von einem idealisierten, perfekten Modell staatlicher Herrschaft sprechen. Diese offiziellen, gemeinschaftlichen, den Akteuren vorangestellten und gleichzeitig unabhängigen Organisations-Geflechte²³ sind in diesem Fall unparteiisch und haben keine eigenen Belange, welche mit denjenigen der streitenden Akteure kollidieren oder von diesen abhängen könnten; daß sich die Konfliktgegner an die offiziellen Rahmenbedingungen der Konfliktaustragung halten, sei deren einziges Interesse.

Derartige Organisationen setzen ihren alleinigen Macht- bzw. Entscheidungsanspruch im Bedarfsfall mit legitimer, lizenzierter und monopolisierter Gewalt²⁴ durch – und um so ausgeprägter eine spezialisierte Monopolverwaltung, desto weniger ist für die einzelnen Akteure private Gewalt und deren Androhung ein unentbehrliches „Mittel der Produktion“²⁵. In vollständig geregelten Systemen gibt es keinen eigenständigen Ausgleich, keine private Vergeltung: Halten übergeordnete Instanzen das Rechtsprechungs-²⁶, und gleichzeitig das Gewaltmonopol²⁷, dann haben die Akteure weder Bedarf an einer (Wieder-) Herstellung von ‚Gerechtigkeit‘ oder Sicherheit, da bereits entsprechende Organisationen hierfür sorgen, noch haben sie die Möglichkeit, darüber hinausgehende Privatinteressen mit Hilfe von privater Gewalt oder deren Androhung durchzusetzen. Durch Gewaltandrohung und Gewaltanwendung stellen diese Organisationen „befriedete Räume“²⁸ her, um eine „Weitung des Gedankenraumes über den Augenblick hinaus“²⁹ zu ermöglichen;

„es ist eine wahre Vereinigung in einer Person und beruht auf dem Vertrage eines jeden mit einem jeden, wie wenn ein jeder zu einem jeden sagte: ‚Ich übergebe mein Recht, mich selbst zu beherrschen, diesem Menschen oder dieser Gesellschaft unter der Bedingung, daß du ebenfalls dein Recht über ihn oder ihr abtrittst.‘ Auf diese Weise werden alle einzelnen eine Person und heißen Staat oder Gemeinwesen. So entsteht der große Leviathan oder, wenn man lieber will, der sterbliche Gott, dem wir unter dem ewigen Gott allein Frieden und Schutz zu verdanken haben.“³⁰

²³ Vgl. Sahlins (1968), S. 6.

²⁴ Nach Elias (1995) einerseits im Sinne von Waffen und Steuern, dieses allein ist hierbei jedoch nicht ausreichend: Hinzu kommt das Monopol der Rechtsprechung und deren Durchsetzung.

²⁵ Elias (1995), Band 2, S. 206: „Für alle naturwirtschaftenden Kriegergesellschaften – und nicht nur für sie – ist das Schwert ein sehr naheliegendes, ein unentbehrliches Mittel zum Erwerb von Produktionsmitteln und die Gewaltandrohung ein unentbehrliches Mittel der Produktion. Erst wenn die Funktionsteilung sehr weit vorangetrieben ist, erst wenn sich als Resultat langer Kämpfe eine spezialisierte Monopolverwaltung herangebildet hat, die die Herrschaftsfunktion als gesellschaftliches Eigentum verwaltet, erst wenn ein zentralisiertes und öffentliches Gewaltmonopol über größere Gebiete hin besteht, erst dann können sich Konkurrenzkämpfe um Konsumtions- und Produktionsmittel unter weitgehender Ausschaltung von körperlicher Gewaltanwendung vollziehen, und dann erst existiert im reinen Sinne die Art von Wirtschaft, die wir ‚Wirtschaft‘, dann erst die Art des Konkurrenzkampfes, die wir ‚Konkurrenz‘ zu nennen gewohnt sind.“

²⁶ Beispielsweise das Recht, für Ausgleich bei Vergehen zu sorgen oder das Recht zu bestimmen, wer an welcher Stelle bauen darf – oder das Recht, den Abstimmungsmodus zu bestimmen, um genau diese Frage beantworten zu können.

²⁷ Dies enthält zum einen die Rechtsdurchsetzungsfähigkeit, und zum anderen macht es das den Akteuren unmöglich, einer staatlichen Lösung zuvorzukommen.

²⁸ Elias (1995), Band 2, S. 320: „Wenn sich ein Gewaltmonopol bildet, entstehen befriedete Räume, gesellschaftliche Felder, die von Gewalttaten normalerweise frei sind.“

²⁹ Elias (1995), Band 2, S. 322.

³⁰ Hobbes (2006), S. 153.

Ein machtvolleres, unabhängiges System gleicht im Idealfall regelwidriges Verhalten automatisch, unbedingt und (möglichst) unverzüglich aus. Darüber hinaus drängt die Erwartung, daß in bestimmten Fällen offizielle Ausgleichs- bzw. Bestrafungsinstanzen einschreiten würden, die Akteure dazu, von derartigen Eigeninitiativen abzusehen.

Der Organisationsgrad übergeordneter Macht bestimmt somit weitgehend die Rahmenbedingungen der Konflikte, und dessen Bedeutung geht so weit, daß Rapoport diesen in direkter Verbindung mit unterschiedlichen Konfliktklassen sieht:

„Zunächst muß zwischen exogenen und endogenen, d.h. zwischen draußen und drinnen entstehenden Konflikten unterschieden werden. Endogene Konflikte sind solche, bei denen die miteinander in Konflikt stehenden Systeme Teile eines größeren Systems sind, das seine eigenen Mechanismen besitzt, um einen Gleichgewichtszustand aufrechtzuerhalten, zu dem besondere Mechanismen zur Bewältigung oder Lösung von Konflikten zwischen den Subsystemen untergeordneten Systeme gehören könnten. Wenn also zwei Bürger eines Staates einen Konflikt miteinander haben, hat der Staat (das größere System) gewöhnlich Mittel und Wege zu seiner Verfügung, um zu verhindern, daß der Konflikt bestimmte Grenzen überschreitet (etwa Zuflucht zu Gewalttätigkeit) und außerdem Institutionen zur Lösung des Konflikts (Gerichte usw.). Wenn andererseits zwei Staaten miteinander in Konflikt stehen, wird es vielleicht kein Supersystem geben, um eine Kontrolle auszuüben oder den Konflikt beizulegen. In diesem Falle sprechen wir von einem exogenen Konflikt.“³¹

Sahlins (1968) beschreibt die besondere Beschränkung endogener Konflikte als Herstellung eines grundlegenden Interaktionsumfeldes – als ‚Frieden‘:

„The right to control force has precipitated out of society at large to rest exclusively with government. No one in general has leave to proceed by force; only the government in particular has leave to decree the rules of social order and to enforce them – thus Peace is an internal condition of the system as constituted.“³²

Ist private Vergeltung innerhalb dieser Systeme eine Handlungsmöglichkeit und somit auch Gewalt (und in diesem Zuge Vergeltungspotential) notwendiges Werkzeug der sozialen und ökonomischen Konkurrenzkämpfe – und ist nicht für einen organisierten Ausgleich gesorgt, dann nimmt der Staat entsprechende Monopolstellungen nicht wahr, oder aber eine übergeordnete Macht existiert erst gar nicht. In diesem Fall zentralisieren übergeordnete Organisationen weder Macht noch Recht, und Rechtsprechung und (der Zwang zum Bereithalten von) Gewaltpotential verbleibt bei den Akteuren. Dann finden diese keine vorgegebenen Handlungsgrenzen; in einem mehr oder weniger begrenzt rechtsfreien Raum handeln die Akteure nun herrschaftslos³³. Allerdings kann es trotz eines starken allgemeinen Organisationsgrades durchaus Umfeldler geben, 1) in welchen Gruppen von Akteuren

³¹ Rapoport (1974), S. 216.

³² Sahlins (1968), S. 6.

Im Folgenden führt Sahlins aus: „More analytically, a state or civilized society is one in which: (1) there is an official public authority, a set of offices of the society at large conferring governance over the society at large; (2) ‚society at large,‘ the domain of this governing authority, is territorially defined and subdivided; (3) the ruling authority monopolizes sovereignty – no other person or assembly can rightly command power (or force) except by sovereign delegation, leave, or consent; (4) all persons and groups within the territory are *as such* – by virtue of residence in the domain – subject to the sovereign, to its jurisdiction and coercion.“ (S. 6, Hervorhebung durch den Autor)

³³ Vgl. Coleman (1991), Band 1, S. 186 ff.

bestimmte Regulierungen nicht anerkennen und den entsprechenden Instanzen die Monopole in bestimmten Bereichen zu entziehen versuchen, oder aber Umfeldler, 2) in welchen diese Organe gegenüber bestimmten Akteuren ihren Monopolanspruch nicht durchzusetzen vermögen oder vielleicht auch gar nicht durchsetzen wollen. Es kann daher durchaus vorkommen, daß auch innerhalb eines ansonsten streng geregelten Systems Freiräume bleiben, in welchen die oben erwähnte Herrschaftslosigkeit weiterbesteht.

Bereits Hobbes (2006) betrachtet herrschaftslose Verhältnisse: Ohne übergeordnete Kontrolle, also „ohne eine einschränkende Macht“, wüte „ein Krieg aller gegen alle.“³⁴ Denn wäre keine das Gleichgewicht erhaltende Macht vorhanden, würde ein Akteur „jeden Beweis einer Geringschätzung nach Möglichkeit, wenn nämlich keine allgemeine Macht da ist, die jeden Tötschlag zu hindern vermag, rächen und bei andern durch dieses Beispiel der Rache eine höhere Achtung gegen sich zu erzwingen.“³⁵ Diese ständige Gefahr und die Furcht vor dem Anderen habe nur eine Lösung: Die Akteure könnten „sich nicht besser sichern, als dadurch, daß einer dem andern zuvorkommt oder so lange fortfährt, durch List und Gewalt sich alle anderen zu unterwerfen, als noch andere da sind, vor denen er sich zu fürchten hat.“³⁶ Getrieben von der Furcht, Schaden zu erleiden, trachte jeder, dem Gegenüber zuvorzukommen – bzw. sich dadurch einen Vorteil zu verschaffen, daß er seinen Gegner durch eine Initiative überrascht; ein anderes Mittel, sich Leben und Freiheit sichern zu können, gebe es nicht. Diese Spirale, einmal in Gang gesetzt und nicht durch eine übergeordnete Macht unterbrochen, bewirke, so Hobbes (1965), nichts als „(...) a perpetuall and restless desire of Power after power, that ceaseth onely in Death.“³⁷ So pessimistisch, wie Hobbes die Konsequenzen unregelter Interaktionsverhältnisse sieht, zeigen sich diese in Wirklichkeit jedoch nicht. Auch wenn es einigen Systemen an übergeordneter Koordination, an effektiven, (regel-) oktroyierenden Instanzen eines Herrschaftsapparates mangelt, finden durchaus langfristige Interaktionen, sogar Kooperationen statt. Ohne direkten äußeren Zwang können kriminelle Vereinigungen nebeneinander existieren, ohne ausschließlich an der endgültigen Verdrängung des Nachbarn zu arbeiten, können kriegerrische Clans nebeneinander wohnen und arbeiten, Feste feiern, streiten und Konflikte in den meisten Fällen wieder beilegen – und ohne oktroyiertem Zwang zu unterliegen, können zwei bis an die Zähne bewaffnete, ideologisch entgegengesetzte Staaten über vierzig Jahre lang jede direkte, offene Konfrontation vermeiden.

Voneinander abhängige, aber nicht notwendigerweise befreundete Akteure bzw. Gruppen von Akteuren schaffen selbständig bestimmte Verhaltensregeln und/oder manipulieren relevante Handlungsumstände, um den vielfältigen Gefahren wechselseitiger Gewaltanwendung entgegentreten bzw. den Problemen eines Regelungs-, also Machtvakuum, begegnen zu können.

³⁴ Hobbes (2006), S. 115.

³⁵ Hobbes (2006), S. 115.

³⁶ Hobbes (2006), S. 114.

³⁷ Hobbes (1965), S. 75.

2.2 Wie Akteure versuchen, selbständig Vertrauen und Sicherheit herzustellen³⁸

Stabile Umwelten mit erfolgreicher und fortdauernder Interaktion brauchen wiederholte Spiele³⁹: eine Interaktion muß die nächste bedingen, und die Erwartung nachfolgender Interaktionen beeinflusst die gegenwärtige. Für den Fall, daß wiederholte Spiele nicht extern kontrolliert verlaufen, sind trotz (oder gerade wegen) des beschriebenen Koordinationsvakuums zwei Aspekte zu deren Erfolg notwendig, nämlich einerseits Vertrauen in die Kooperation des Gegenübers (ökonomische Sicherheit) und andererseits Vertrauen in die physische Unversehrtheit.

A. Vertrauen in die Kooperation des Gegenübers: Ökonomische Sicherheit⁴⁰

Sind die Entscheidungsmöglichkeiten des Gegenübers grenzenlos, oder hat dieser nur sehr vage oder weitgefaßte Schranken, dann kann man sich dessen Verlässlichkeit und Vertragstreue nicht sicher sein. Soll Akteur A seinem Gegenüber glauben, wenn B ihm verspricht, seine Einflußgebiete zu respektieren – aber im Betrugsfall keine übergeordnete Instanz für A eintreten würde⁴¹? Wenn es für beide Seiten die gewinnbringendere Handlungsmöglichkeit ist, ihr Gegenüber zu verraten und zu betrügen – und wählen auch beide Seiten diese Option – dann können unter Umständen die höchstmöglichen gemeinsamen Auszahlungen nicht erreicht werden⁴². Die Akteure befinden sich nun in einem Prisoners' Dilemma:

„By far the most cited simple game is the social trap, where each player has a dominant strategy but the pair of such strategy leads to miserable payoffs to each. Two naive or 'irrational' players fare much better than two 'rational' ones.“⁴³

Wenn Akteure also dann eine höhere individuelle Auszahlung erreichen, wenn sie betrügen statt zu kooperieren, dann haben beide einen starken Anreiz, ebendiese Option zu wählen, wobei sie aber den Gewinn verpassen, welchen sie nur durch beidseitiger, gleichzeitiger Kooperation erreichen können:

Auszahlungen	A: Kooperation	A: keine Kooperation
B: Kooperation	Akteur A: +10 Akteur B: +10	Akteur A: +15 Akteur B: 0
B: keine Kooperation	Akteur A: 0 Akteur B: +15	Akteur A: +1 Akteur A: +1

Wenn alle Akteure nach diesem Muster handeln, wird irgendwann niemand mehr mit irgendwem kooperieren, da jeder stets einen Betrug der anderen Seite erwarten muß. Natürlich kann eine derartige Gesellschaft nicht dauerhaft existieren, denn um

³⁸ Vgl. Hayek (1981), S. 19, Nisbett/Cohen (1996), S. 7.

³⁹ Vgl. Raiffa (2002), Kapitel 16, insbes. S. 301; vgl. Aumann (2005), S. 352.

⁴⁰ Zur Betrachtung von Kooperation in unregelten Situationen unterschiedlicher Gruppen von Akteuren vgl. insbes. Axelrod (1987), aber auch Raiffa (2002), Game 8.

⁴¹ Frank (1992) betrachtet u.a. das Kommunikationsproblem bei Vertrauensfragen (S. 36 ff.)

⁴² Vgl. Maurer/Schmid (2010), S. 287.

⁴³ Raiffa (2002), S. 79.

ökonomischen und/oder gesellschaftlichen Bedürfnissen und Anforderungen nachzukommen, müssen die Akteure irgendwie gewinnbringend interagieren können, und dafür muß es Handlungs-, also auch Konfliktrichtlinien, d. h. Beschränkungen geben. Dieser Argumentation folgt auch Rapoport (1974): „Da die Menschen in kooperativen Gruppen leben, und die Kooperation durch übermäßige endogene Konflikte zerbrochen wird, läßt sich die Existenz von kooperativen Gruppen überhaupt nur dadurch erklären, daß bestimmte Begrenzungen der Konflikte innerhalb der Gruppe gesetzt und tatsächlich verinnerlicht worden sind.“⁴⁴ Obwohl seine Betrachtung nur die kriminelle Welt umfaßt, läßt sich Gambettas (1994) Feststellung verallgemeinern: „Es ist wohl auf der ganzen Welt so: Ohne Vertrauen läßt sich Zusammenarbeit nicht einpendeln.“⁴⁵

Soll unter den beschriebenen Umständen überhaupt Kooperation möglich sein, in unserem Fall das Feld links oben, müssen die Akteure ein gewisses Maß an Vertrauen in das Gegenüber setzen. Wenn Verträge unmöglich sind, sei es bei schwer kontrollierbaren Geschäftsbedingungen oder wenn sich die Konsequenzen erst weit in der Zukunft zeigen, dann müssen Vertrauensaspekte an deren Stelle treten⁴⁶. Dieses Vertrauen im Sinne einer positiven Handlungserwartung bzw. Vorab-Investition kommt besonders bei den Situationen zum Tragen, bei welchen der Akteur *nach* seinem Gegenüber oder gleichzeitig mit diesem seine eigene Handlung wählt. Beide Akteure müssen ihrem Gegenüber vermitteln, daß sie nicht die kurzfristig günstigste Option wählen werden. Ob das Gegenüber nun seinerseits kooperiert, hängt in diesem Zusammenhang⁴⁷ von seiner Risikoerwartung ab, so Coleman (1991): „Normalerweise wird bei der Entscheidung für oder gegen die Beteiligung an der Handlung das Risiko mit einkalkuliert. Dies läßt sich allgemein unter den Begriff des ‚Vertrauens‘ fassen. Situationen, in denen Vertrauen eine Rolle spielt, bilden eine Untergruppe der Situationen, die ein gewisses Risiko beinhalten. Es sind Situationen, in denen das Risiko, das man eingeht, von der Leistung eines anderen Akteurs abhängt.“⁴⁸

Mißtraut Akteur A seinem Gegenüber allerdings, und hält er es für wahrscheinlich, daß Akteur B unter Umständen nicht kooperieren könnte, dann wird A das Risiko eventuell vermeiden wollen und seinerseits nicht kooperieren. Vergibt kein Akteur Vertrauen an sein Gegenüber, dann werden, wie oben festgestellt, die notwendigen gemeinsamen Gewinne unmöglich, und dieser Tatsache sind sich beide Akteure bewußt. Zwei hauptsächliche Merkmale bestimmen die Umgebung, in welcher Vertrauen vergeben oder verweigert wird:

⁴⁴ Rapoport (1974), S. 277.

⁴⁵ Gambetta (1994), S. 306.

⁴⁶ Vgl. z. B. das Eheproblem bei Frank (1992), S. 54 ff.

⁴⁷ Andere, evtl. eigendliche Aspekte lassen wir an dieser Stelle beiseite.

⁴⁸ Coleman (1991), Band 1, S. 115, vgl. auch mit dem Abschnitt „Vertrauensvergabe“, S. 123 ff.

Die Logik von Drohung und Vergeltung
Wie Akteure ihren Sicherungsproblemen begegnen
Seewald, N.
2014, VIII, 262 S., Softcover
ISBN: 978-3-658-04839-6